



# Landes-SGK EXTRA

# Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

## Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

blicken wir auf die Bundestagswahl im September zurück: Die Wählerinnen und Wähler haben Olaf Scholz und der SPD einen Regierungsauftrag gegeben. Deutlich hat die SPD Stimmen gewonnen und zugelegt. In Rheinland-Pfalz haben wir ein klasse Ergebnis mitsamt der gewonnenen acht Direktmandate eingefahren, dem ein konzentrierter und engagiert geführter Hybrid-Wahlkampf vorausging. Ein starker Erfolg für uns!

Nun ist das Gebot der Stunde, die Schnittmengen zwischen den Parteien auszuloten, um die Koalition zu bilden, die Olaf Scholz zum Bundeskanzler wählt und sozialdemokratischen Forderungen zum Wohl der Menschen zur Umsetzung verhilft. Als ein zukunftsfähiges und anpackendes Regierungsbündnis beweist sich die Ampel-Koalition wiederholt, denn der Wahlabend hatte auch zum Ergebnis, dass alle Parteien der Ampel in unserem Bundesland profitieren und gestärkt aus der Bundestagswahl gehen.

### Bemühungen verstärken

Unser Wetter wird zukünftig immer extremer, sowohl mit Hochwasser-Ereignissen, aber auch mit Hitzeperioden, Stürmen und Gewitter werden wir immer häufiger zu kämpfen haben. Der Klimawandel und seine Auswirkungen können nicht geleugnet werden, daher müssen wir aktiv werden – dies gilt auch auf kommunaler Ebene. Gleichzeitig wird prognostiziert, dass Deutschland das Ziel, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen bis ins Jahr 2030 um 65 Prozent zu reduzieren, wahrscheinlich verfehlen wird. Bisherige Bemühungen im Klimaschutz reichen somit nicht aus, gerade im Hinblick auf eine angestrebte Klimaneutralität im Jahr 2045.

Besonders zentral ist die Frage, wie wir in Zukunft Energie gewinnen wollen: Wie können Klimaschutz und Energiegewinnung Hand in Hand gehen?



Michael Ebling

Foto: SGK

Fest steht zumindest, dass wir aktuell bereits jede Menge Ausstoß von Kohlenstoffdioxid durch die steigende Nutzung erneuerbarer Energien vermeiden konnten: Im Jahr 2020 waren es laut Umweltbundesamt rund 227 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente. Regenerative Energien verdrängen weiter die fossilen Energieträger, wie die Steinkohle und das Erdgas – die Energiewende verändert den deutschen Energiemix.

### Kommunaler Klimaschutz

Eine große Rolle können hier die einzelnen Kommunen in unserem Land spielen, indem sie aktiv werden: Einen ersten Schritt kann beispielsweise das Erstellen eines Klimaschutzkonzeptes darstellen, das wichtige Maßnahmen und deren Zielsetzungen je nach den individuellen Bedürfnissen einer Kommune bündelt.

Die Bereiche, in denen Klimaschutz auf kommunaler Ebene betrieben werden kann, sind vielfältig. So kann beispielsweise bei der Baulandent-

wicklung bereits auf energieeffiziente Siedlungsformen und einen guten Wärmeschutz gesetzt werden, was den Energiebedarf erheblich verringern kann. Auf der Hand liegt zudem die Nutzung regenerativer Energien zur Generierung von Strom oder Wärme: Auch die Dächer kommunaler Gebäude können mittels Photovoltaik-Anlagen zur Energiegewinnung genutzt werden. Das führt zu einer langfristigen Reduktion der Energiekosten, was sich auch im kommunalen Haushalt niederschlagen kann.

Die Handlungsoptionen zum kommunalen Klimaschutz betreffen nicht nur die Energieerzeugung, auch eine klimaschonende Entwicklung des Verkehrs, der Wasserversorgung und eine effiziente Ressourcenwirtschaft spielen mit hinein.

### Mainzer Masterplan

Die Landeshauptstadt Mainz hat bereits 2017 das Konzept „Masterplan 100%“ auf die Beine gestellt, wodurch langfristige Klimaneutralität

### Inhalt

SPD Rheinland-Pfalz holt sich Platz eins bei der Bundestagswahl

Konsequente Umsetzung des Koalitionsvertrages

Schreckensbilder wie nach einem Krieg

Einrichtung eines Sondervermögens zur Abwicklung beim Land

Vom diplomatischen Dienst ins Bürgermeisteramt?

Abwasserentgeltsatzung bleibt wirksam

erreicht werden soll. Wichtig war dabei vor allem die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen und Institutionen, wodurch eine Vielzahl von Akteuren an dem Plan beteiligt werden konnte. Im Laufe der Jahre wurde das Konzept stetig erweitert und angepasst, auch in diesem Jahr steht eine Erweiterung des Maßnahmenkataloges an.

Damit Kommunen und damit verbunden auch kommunale Unternehmen noch stärker im Bereich des Klimaschutzes aktiv werden können, sollte die Bundesregierung nun schnelle und klare Entscheidungen für eine unbürokratische und niedrigschwellige Förderung treffen: Denn kommunaler Klimaschutz ist ein wichtiger Bestandteil auf dem Weg hin zur Klimaneutralität.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Ebling  
SGK-Landesvorsitzender

# Rheinland-Pfalz Garant für SPD-Sieg bei Bundestagswahl

Erstmals seit 1998 wieder stärkste Partei im Land. Nochmals über drei Prozent besser als im Bundesdurchschnitt. Große Erfolge auch bei den Direktmandaten

Autor Wolfgang Kröhler

Bei der Bundestagswahl am 26. September wurde die SPD in Rheinland-Pfalz klar stärkste Partei: Die Sozialdemokraten hatten mit 29,3 Prozent einen deutlichen Vorsprung vor der CDU (24,7 Prozent), die ihr historisch schlechtestes Ergebnis einfuhr – wie schon bei der Landtagswahl im vergangenen März. Die SPD schaffte erst zum zweiten Male nach 1998, bei Bundestagswahlen im Land als Siegerin durch das Ziel zu gehen. Nochmals getoppt wurde in Rheinland-Pfalz das überaus gute deutschlandweite Ergebnis: 3,4 Prozent mehr als auf Bundesebene.

## Zwölf Mandate in Berlin

Auch bei den Direktmandaten waren die Genossinnen und Genossen äußerst erfolgreich. Von den insgesamt 15 Wahlkreisen in Rheinland-Pfalz gewannen die Bewerberinnen und Bewerber aus den sozialdemokratischen Reihen acht – ein schon fast sensationelles Ergebnis. Zur Erinnerung: Bei der Bundestagswahl 2017 eroberte die SPD nur einen Wahlkreis, damals in Kaiserslautern. Die CDU lag mit 14 Direktmandaten einsam an der Spitze. Jetzt hat sich das Blatt total gewendet.

Zwei Wahlkreis-Ergebnisse stechen besonders heraus: In Bad Kreuznach und in der Südpfalz. In Bad Kreuznach schickte die CDU ihre Frontfrau, die Landesvorsitzende und Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, ins Rennen ums Direktmandat – gewonnen hat es aber überraschend Dr. Josef (Joe) Weingarten von den Sozialdemokraten. Er lag am Schluss mit knapp vier Prozent sogar deutlich vor der prominenten Christdemokratin: Endstand 33 zu 29,1 Prozent. Kommentar von Josef (Joe) Weingarten: „Einfach sensationell!“ Zuletzt hatte die SPD 2002 den Wahlkreis gewonnen. Weingarten war schon bisher Mitglied im Bundestag, er war wäh-

rend der Legislaturperiode für Andrea Nahles nachgerückt, nachdem diese ihr Mandat niedergelegt hatte. Historisches gelang auch Thomas Hitschler im Wahlkreis Südpfalz. Hier hatte bei Bundestagswahlen bisher immer die CDU das Direktmandat gewonnen. Aber am Wahlabend des 26. September war hier die Spannung nicht zu überbieten, Hitschler und sein Gegenkandidat von der CDU lagen am Ende beide bei 28,2 Prozent. Den Ausschlag für das Direktmandat gab schließlich ein Plus von knapp 50 Stimmen für den Sozialdemokraten.

Eng ging es auch im Wahlkreis Pirmasens zu. Hier siegte schließlich Angelika Glöckner mit 30,4 Prozent und einem Vorsprung von rund 440 Stimmen. Mit ihr zieht auch Tanja Machalet in den neuen Bundestag, sie gewann den Wahlkreis Montabauer mit 31,5 Prozent (CDU 30 Prozent). Die dritte Frau, die über ein Direktmandat aus Rheinland-Pfalz im neuen Bundestag vertreten sein wird, ist Verena Hubertz. Sie siegte im Wahlkreis Trier deutlich mit 33 Prozent (CDU 27,7 Prozent). Nicht selbstverständlich war im Wahlkreis Mainz der Sieg von Daniel Baldy, er lag am Ende aber mit 24,9 Prozent knapp vor der CDU-Frau Ursula Groden-Kranich (23,6 Prozent). Eine feste Größe für die Sozialdemokraten ist der Wahlkreis Kaiserslautern. Matthias Mieves hatte hier einen deutlichen Vorsprung, er siegte mit 33,9 Prozent, rund zwölf Prozent vor dem CDU-Mitkonkurrenten. Unangefochten als Erster ging auch Christian Schreider im Wahlkreis Ludwigshafen-Frankenthal durch das Ziel, mit 32,8 Prozent lag er knapp acht Prozent vor dem Zweitplatzierten an der Spitze. Über die Landesliste ziehen vier weitere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Rheinland-Pfalz in den neuen Bundestag ein. Es sind Dr. Thorsten Rudolph, Isabell Mackensen-Geis, Martin Dieden-

hofen und Lena Werner. Insgesamt schickt die SPD also zwölf Genossinnen und Genossen nach Berlin, drei mehr als im alten Parlament. Die CDU Rheinland-Pfalz ist dagegen stark geschrumpft, von vorher 14 Mandate auf jetzt nur noch neun.

## Sensationelle Aufholjagd

Der Landesvorsitzende der SPD Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz, zeigte sich in ersten Kommentaren zum Ergebnis seiner Partei auf Landesebene sehr zufrieden. Es sei Ausdruck eines starken Wahlkampfes, den die Sozialdemokraten geführt hätten. Er erinnerte auch an die Zeit, als die SPD ihre Landesliste aufgestellt hatte. In Umfragen habe damals die SPD bei 15 Prozent gelegen, jetzt habe man zehn Prozent draufgepackt. Nun stehen schwierige Koalitionsverhandlungen an. Darauf angesprochen sagte in einem Zeitungsinterview der Landesvorsitzende: „Wir haben gute Erfahrungen mit der Ampel gemacht. Das haben wir Olaf Scholz auch gesagt. Alles andere wird in Berlin entschieden“. Das betonte auch Ministerpräsidentin Malu Dreyer im SWR: In Rheinland-Pfalz habe die Ampel bei aller Unterschiedlichkeit bewiesen, dass man gut zusammenarbeite. Und dies könne auch auf Bundesebene gelingen. In diesem Zusammenhang erinnerte die Regierungschefin aber auch daran, dass die Aufholjagd der SPD in den letzten Wochen schon sensationell sei. Auf Bundesebene, in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern seien schließlich die Sozialdemokraten jeweils als Sieger hervorgegangen.

Gute Stimmung herrschte natürlich auch beim rheinland-pfälzischen SPD-Generalsekretär: „Die Landtagswahl famos gewonnen, bei der Bundestagswahl die CDU überflügelt – das ist der Doppelpack der SPD Rheinland-Pfalz in 2021! Was kann es Schöne-

res geben, als von den Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfälzern so einen überwältigenden Zuspruch zu bekommen. Ein riesengroßes Dankeschön an das gesamte Team der SPD Rheinland-Pfalz für diesen mitreißenden Wahlkampf!“ Mit 29,4 Prozent der Landesstimmen erzielten die rheinland-pfälzischen Genossinnen und Genossen eines der besten SPD-Landesergebnisse bundesweit. Zudem gehen acht Direktmandate in Rheinland-Pfalz an Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Bei den Zweitstimmen liegt die SPD sogar in 13 von 15 Wahlkreisen vorn.

## Die Südpfalz erobert

„Die Landkarte ist rot!“, so SPD-Landesvorsitzender Roger Lewentz. „Die phänomenalen Ergebnisse aus den Wahlkreisen im ganzen Land sind außergewöhnlich. Sie stehen für die Stärke der rheinland-pfälzischen SPD, die einen maßgeblichen Anteil am bundesweiten Wahlerfolg hat. Ganz besonders freue ich mich mit unserem Spitzenkandidaten Thomas Hitschler, der zum ersten Mal in der Geschichte die Südpfalz für die SPD geholt hat.“

Thomas Hitschler sagte: „Das starke Ergebnis in Rheinland-Pfalz ist der Lohn für einen mitreißenden Wahlkampf und eine großartige Mannschaftsleistung. Gemeinsam im Team haben wir mit vielen jungen Kandidierenden erfolgreich dafür gekämpft, dass Rheinland-Pfalz im Bundestag wieder viele starke sozialdemokratische Stimmen hat und wir so die guten Ideen aus unserem Bundesland nach Berlin bringen können. Dass ich dieses großartige Team im Wahlkampf anführen durfte, war eine große Ehre.“



Thomas Hitschler gewann erstmals das Direktmandat im Wahlkreis Südpfalz. Foto: SPD

# Konsequente Umsetzung des Koalitionsvertrages

Sabine Bätzing-Lichtenthäler seit vier Monaten SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag. Ehrenamtscheck bei Gesetzesvorhaben. Kampf gegen Hass und Hetze

Autor Wolfgang Kröhler

Sabine Bätzing-Lichtenthäler gehört zu den bekannten Gesichtern der rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten. Nach der Landtagswahl im Frühjahr wechselte sie vom Ministeramt ins Parlament und gleich an die Spitze der SPD, der größten Fraktion im neuen Landtag. Über ihre neue Aufgabe und die Ziele ihrer Fraktion sprach DEMO mit Sabine Bätzing-Lichtenthäler.

**Als Gesundheitsministerin hatten Sie sich in den vergangenen Jahren einen guten Ruf in Rheinland-Pfalz erworben, vor allem auch bei der Bewältigung der Corona-Pandemie. Seit knapp einem halben Jahr stehen Sie jetzt der neuen Landtagsfraktion der SPD als Vorsitzende vor. Wie haben Sie diesen Wechsel gemeistert, was sind für Sie die neuen spannenden Herausforderungen?**

Der Wechsel vor gut vier Monaten war einer unter besonderen Vorzeichen. Die übliche 100-Tage-Frist gab es nicht, in Zeiten von Corona und Flutkatastrophe war nur wenig Zeit, sich in neue Aufgaben einzufinden. Die komplette Fraktion musste sofort beste Arbeit abliefern. Das ist uns auch gelungen, denn wir haben ein sehr motiviertes und ein sehr gut ausgewogenes Team. Dabei war mir beispielsweise wichtig, dass auch alle neuen Abgeordneten als Sprecherinnen und Sprecher für wichtige Themenfelder verantwortlich sind. Das zeigt, dass wir als SPD-Fraktion in der Lage sind, uns auf hohem Niveau stetig personell zu erneuern. Ich selbst freue mich – nachdem ich fast sieben Jahre lang die Ehre hatte, Ministerin in Rheinland-Pfalz zu sein – sehr über die neue Aufgabe, als Vorsitzende der größten Landtagsfraktion Generalistin zu sein und in ganz verschiedene Themengebiete reinzugehen. Man darf nicht vergessen, dass ich seit 2002 Parlamentarierin und gewählte Abgeordnete im Bund oder Land bin. In der Legislative als



Sabine Bätzing-Lichtenthäler führt in der neuen Legislaturperiode die SPD-Landtagsfraktion.

Foto: SPD-Fraktion RLP/A.Heimann

Volksvertreterin unterwegs zu sein, ist eine wunderschöne Aufgabe. Es macht mir richtig Freude, diese Fraktion führen zu dürfen und mit ihr das Land zu gestalten.

**Als Chefin der größten Landtagsfraktion gehört es natürlich auch zu Ihren Aufgaben, im Parlament der neuen Landesregierung mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer an der Spitze den nötigen Flankenschutz zu geben. Aber Sie wollen doch auch bestimmt als SPD-Fraktion eigene Initiativen starten. An welche Themen denken Sie in diesem Zusammenhang?**

Selbstverständlich haben wir einen klaren Fahrplan – und doch wird momentan wie erwähnt alles von Corona und Flutkatastrophe überschattet. Von daher ist es kein normaler Start, wir können kein lang geplantes Programm nach einem vorher festgelegten Zeitplan abarbeiten. Umso mehr freut mich, dass wir trotz der akuten Herausforderungen bewiesen haben, dass wir unseren Koalitionsvertrag von Beginn an konsequent umsetzen und die wichti-

gen Themen bearbeiten. Ein Beispiel dafür ist das neue Solargesetz, das wir als Ampelkoalition eingebracht haben und das nun im Landtag verabschiedet wurde. Abgesehen davon haben wir bereits weitere politische Schwerpunkte gesetzt, die uns wichtig sind. Da ist der beispielsweise der Einsatz fürs Ehrenamt. Ich selbst habe eine Sommerreise mit 54 „Begegnungen Ehrenamt“ absolviert und dabei wertvolle Eindrücke gesammelt und Anregungen mitgenommen. Wir als SPD-Fraktion wollen unter anderem alle Gesetzesvorhaben einem „Ehrenamt-Check“ unterziehen – also schauen, welche Auswirkungen es für Vereine und Ehrenamt gibt. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Kampf gegen Hass und Hetze und politische Extremisten. Wir hatten den traurigen Fall des Angriffs eines AfD-Politikers auf den Bürgermeister von Mutterstadt. Wir haben das zum Thema im Landtag gemacht, um aufzuzeigen, dass wir mit allen Mitteln gegen solche Auswüchse vorgehen werden. So sind wir nun auch mit der schrecklichen Tat von Idar-Oberstein umgegangen, wo ein junger Mensch offenbar im Streit um das Tragen

eines Mund-Nasen-Schutzes getötet wurde. Auch dazu haben wir eine aktuelle Debatte im Landtag mit dem Titel „Verabscheuungswürdige Tat in Idar-Oberstein – Radikalisierung der Querdenkerszene?“ beantragt.

**In den nächsten Jahren müssen Milliarden investiert werden, zum Beispiel in Bildung und Digitalisierung. In diesem Zusammenhang sind natürlich auch Städte und Kommunen gefordert – aber gerade diese sind in Rheinland-Pfalz sehr stark verschuldet. Haben Sie als Vorsitzende der SPD-Fraktion schon Ideen, wie die kommunale Ebene aus diesem finanziellen Schlamassel herauskommen kann?**

Gemeinde, Städte und Kreise in Rheinland-Pfalz erfüllen enorm wichtige Aufgaben und sind grundlegend für unser funktionierendes Miteinander. Deswegen ist es wichtig, dass wir sie unterstützen, sie sollen auf einem stabilen finanziellen Fundament stehen. Aktuell stellen die Folgen der Corona-Krise unsere Kommunen vor besondere Herausforderungen. Mit massiven Hilfen des Landes und des Bundes haben wir maßgeblich dazu beigetragen, dass die krisenbedingten wirtschaftlichen Einbußen nicht zu einem Schuldenanstieg der rheinland-pfälzischen Kommunen insgesamt geführt haben. In der Krise waren wir verlässlicher Partner unserer Kommunen, und so werden wir das selbstverständlich auch fortführen.

Insgesamt hat sich die Situation der Kommunen in den vergangenen Jahren bereits deutlich verbessert. Gründe dafür sind unter anderem die deutliche Erhöhung der Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich, der starke Zuwachs bei Steuereinnahmen, die eignen Bemühungen, die stärkere Beteiligung des Bundes und die generelle konjunkturelle Entwicklung. Die finanzielle Stärkung der Kommunen bleibt

selbstverständlich ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Entscheidender Faktor wird dabei sicher auch der neue bedarfsgerechte Kommunale Finanzausgleich sein. Hierbei setzen wir auf den Dialog mit den Kommunen und ihren Spitzenverbänden.

**Sollte nach der Bundestagswahl eine neue Bundesregierung unter Führung der SPD gebildet werden können, erinnern Sie dann Ihre Parteifreunde in Berlin an den von Olaf Scholz vorgeschlagenen Entschuldungsfonds von Bund und Ländern für die Städte und Kommunen?**

Wir werden uns auf Bundesebene weiterhin für mehrere Punkte einsetzen. Zum einen dafür, dass es eine dynamische und dauerhafte Beteiligung des Bundes an den durch ihn vorgegebenen Aufgaben gibt. Das Konnexitätsprinzip ist eine Selbstverständlichkeit. Das betrifft insbesondere die Sozialgesetzgebung. Zum anderen haben wir uns unter anderem in der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse dafür eingesetzt, dass der Bund Mitverantwortung für die Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik übernimmt. Eine Lösung blieb allerdings auf Bundesebene aus. Das Land wendet bereits seit Jahren erhebliche Mittel auf, um die Kommunen

bei der Altschuldenproblematik zu unterstützen. Mit dem kommunalen Altschuldenfonds, Abbaubonus und Zinssicherungsschirm haben wir bereits erhebliche Anstrengungen unternommen. Durch den kommunalen Entschuldungsfonds und das Aktionsprogramm für kommunale Liquiditätskredite stellt das Land eine Summe von jährlich knapp 190 Millionen Euro bereit. Von 2012 bis 2020 wurden rund 1,5 Milliarden Euro für Zins- und Tilgungshilfe für kommunale Liquiditätskredite zur Verfügung gestellt. Die Lösung des Problems der kommunalen Altschulden bleibt für uns enorm wichtig. Leider konnte dazu bisher wegen des Widerstands der Union auf Bundesebene keine Einigung erzielt werden.

**Eine der größten Herausforderungen in Rheinland-Pfalz wird der Wiederaufbau der von der Flutkatastrophe im Juli betroffenen Regionen sein. Wie ist in diesem Zusammenhang die Marschroute der SPD-Fraktion?**

Ganz grundsätzlich stehen wir hier vor Zerstörungen und einer Wiederaufbauaufgabe eines Ausmaßes, für die niemand einen Masterplan hatte oder haben konnte. Um nur ein paar Zahlen zu nennen: 40 Schulen, 55 Tageseinrichtungen für Kinder und fünf Krankenhäuser müssen nach der Flut wiederinstandgesetzt werden.

Bis zu 3.000 Unternehmen sind unmittelbar betroffen. Allein im Ahrtal sind 42.000 Menschen zu Schaden gekommen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diese Aufgabe nur gemeinsam bewältigen können. Jetzt ist nicht die Zeit für politische Spielchen, jetzt ist die Zeit des Zupackens. Und das hat die Landesregierung bereits tatkräftig getan. Es wurden mit dem Bund bereits unbürokratisch Soforthilfen in dreistelliger Millionenhöhe an Privathaushalte, Betriebe, aber auch an Kommunen ausgezahlt. Darüber hinaus wird Rheinland-Pfalz für den Wiederaufbau rund 15 Milliarden Euro aus dem Aufbaufonds erhalten. Diese Mittel werden hälftig von Bund und Ländern finanziert. Zum schnellen und effektiven Einsatz haben wir bei der jüngsten Landtagssitzung sowohl das Landesgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfe Rheinland-Pfalz 2021“ sowie das von unserer Fraktion und den Fraktionen der Koalitionspartner eingebrachte Wiederaufbauerleichterungsgesetz verabschiedet. Ersteres schafft auf Landesebene die Voraussetzungen für die zweckgerichtete Inanspruchnahme der Mittel aus dem Sondervermögen „Aufbauhilfe 2021“. Das Wiederaufbauerleichterungsgesetz wird die Beseitigung der Schäden und die Wiederherstellung der Infrastruktur beschleunigen. Damit ist eine

enorme Anzahl an Verwaltungsverfahren verbunden. Es besteht die Gefahr, dass die bisherigen Regelungen das Tempo bremsen können. Deshalb haben wir Genehmigungspflichten dort kritisch hinterfragt, wo es um temporäre Lösungen in der Phase des Wiederaufbaus geht oder ein Wiederaufbau von zerstörten Gebäuden und Anlagen an gleicher Stelle erfolgt. Die Verfahren müssen gestrafft und für Kommunen, Unternehmen, Privatpersonen und Vereine verständlich und zügig umsetzbar gemacht werden. Denn der Wiederaufbau hat nun absolute Priorität. Mit Bewunderung sehen wir, was die vielen Hilfskräfte, die teilweise ehrenamtlich tätig sind, in den Gebieten schon Unglaubliches geleistet haben.

**IMPRESSUM**

**Verantwortlich für den Inhalt:**

SGK Rheinland-Pfalz e.V.,  
Romano-Guardini-Platz 1, 55116 Mainz  
E-Mail gabriele.vogelsgesang@sgkrlp.de

**Redaktion:** Wolfgang Kröhler  
Telefon: (06737) 260  
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

**Verlag:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Telefon: (030) 255 94-100  
Telefax: (030) 255 94-192

**Anzeigen:** Henning Witzel, Volker Weber

**Layout:** Heidemarie Lehmann

**Litho:** DDV Technik GmbH

**Druck:** DDV Druck GmbH,  
Meinholdstraße 2, 01129 Dresden  
E-Mail: dvd@ddv-mediengruppe.de

Anzeige



## DIE AGENTUR AN EURER SEITE

[WWW.ASK-BERLIN.DE](http://www.ask-berlin.de)

 **GRAFIK**

 **TEXTE**

 **KAMPAGNEN**

 **EVENTS**

 **PODCASTS**

 **SPONSORING**

 **VIDEO**

**EURE ANSPRECHPARTNER:**

**Thomas Mühlnickel**  
Geschäftsführer  
muehlnickel@ask-berlin.de

**Dennis Eighteen**  
Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa.  
eighteen@ask-berlin.de



ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, Tel.: 030 740 731-600

# Schreckensbilder wie nach einem Krieg

Landesregierung koordiniert den Wiederaufbau im Ahrtal. Vor-Ort-Beauftragter ist Günter Kern. Er ist Ansprechpartner für alle Fragen. Schadensregulierung und Wiederaufbau dauern Jahre

Autor Wolfgang Kröhler

Nach der verheerenden Flutkatastrophe im Ahrtal am 14./15. Juli hat die rheinland-pfälzische Landesregierung umgehend Hilfe für die Region zugesagt. Innenminister Roger Lewentz versprach: „Die Landesregierung geht den Wiederaufbau koordiniert und mit klaren Strukturen an“. Dazu wurde ein Staatssekretärsausschuss unter Leitung von Fabian Kirsch, dem Chef der Staatskanzlei, gegründet. Im Innenministerium arbeitet unter Leitung der Beauftragten für den Wiederaufbau, Staatssekretärin Nicole Steingaß, eine neu geschaffene Aufbauabteilung, in der Expertinnen und Experten der Landesregierung aus unterschiedlichen Bereichen zusammengezogen sind. Unterstützt wird Staatssekretärin Nicole Steingaß durch den Vor-Ort-Beauftragten Günter Kern. Mit ihm führten wir nachfolgendes Interview:

## Wie waren Ihre ersten Eindrücke, als Sie das Katastrophengebiet inspizierten?

Nach den katastrophalen Ereignissen an der Ahr habe ich vom ersten Tag an die Katastrophe und ihre Auswirkungen auf die Menschen, die Kommunen und die Kulturlandschaft im Ahrtal über die Medien verfolgt. Schon die Bilder und Berichte haben mich sehr betroffen gemacht. Aber mein erster Besuch am 6. August in Altenburg hat mich erschüttert. Diese gewaltigen, unvorstellbaren Schäden, die die Flutkatastrophe angerichtet hat, kann man nur vor Ort mit eigenen Augen erfassen, und man kann dies mit den Bildern nach Kriegsauswirkungen vergleichen. Gerade in den ersten Wochen, aber auch noch heute, lösen die Gespräche mit den betroffenen Menschen in mir Emotionen aus, da die geschilderten persönlichen Erlebnisse



Wassermassen überfluteten bei der Wetterkatastrophe Mitte Juli zahlreiche Wohngebiete, wie hier in Eichtershausen. Foto: Nico Steinbach

für jemanden, der diese Nacht nicht miterlebt hat, kaum vorstellbar sind.

## Sie als Vor-Ort-Beauftragter sollen ja die Beauftragte der Landesregierung für den Wiederaufbau, Staatssekretärin Nicole Steingaß, unterstützen. Wie kann man sich das konkret vorstellen?

In den ersten Tagen und Wochen war die Kommunikation im Ahrtal nicht optimal. Ich sehe meine Aufgabe darin, der unmittelbare Ansprechpartner für die Ortsbürger-

meister, Ortsvorsteher und Bürgermeister, aber auch für die Menschen insgesamt im Ahrtal zu sein. Zudem stelle ich die Verbindungen zu den Organisationen, Behörden, Ministerien und zu dem Wiederaufbaustab her. Deshalb habe ich garantiert und auch praktiziert, dass ich an 7 Tagen 24 Stunden erreichbar bin. In den ersten Wochen meiner Tätigkeit wurde das intensiv genutzt und auch heute noch in abgeschwächter Form in Anspruch genommen. Mit meinen Mitarbeitern Stefan Heimes und Uwe Rindsfüßer, die mit mir vor zehn

Jahren im Krisenstab der Waldhofkatastrophe an der Loreley waren, bin ich im Ahrtal unterwegs, um mit den Verantwortlichen vor Ort die aktuellen Probleme und die Herausforderung für den Wiederaufbau zu besprechen und mir die Sorgen und Nöte anzuhören.

Wir sorgen dafür, dass kleine Probleme sofort gelöst werden und wichtige Aufgaben zum Beispiel im Rahmen der Versorgung, der Infrastruktur, der Hochwasservorsorge und des Wiederaufbaues in Gang gesetzt werden, mit dem Ziel, das auch vieles zeitnah geschieht.

In Verhandlungen und Gesprächen mit anderen Organisationen, wie z. B. die Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer, Sportorganisationen oder den Versorgungsunternehmen leiten wir entsprechende Schritte für den Wiederaufbau ein.

## Der Wiederaufbau, darüber sind sich alle Experten einig, wird eine Mammutaufgabe sein. Die Flutwelle am 14. Juli hat die öffentliche Infrastruktur und einen Großteil der privaten Häuser zerstört. Um in diesem Chaos den Überblick zu wahren, muss man strukturiert vorgehen. Wie sehen in dieser Hinsicht Ihre Prioritäten aus?

Seit meiner Arbeitsaufnahme hier im Ahrtal ändern sich die Prioritäten ständig. Während in den ersten Wochen die Themen wie Verpflegung der Menschen und der Helfer, die medizinische Versorgung, rechtzeitige Betankung von Kraftstoffen für die Baufahrzeuge, Abfall- und Bauschuttentsorgung, Räumung der innerörtlichen Ahrflächen, Energieversorgung, Koordinierung mit den Hilfsorganisationen, Aufbau von Behelfsbrücken, Übergangslösungen für Wärmeversorgung oder Unterbringung in den Wintermonaten im Vordergrund standen, sind es jetzt Themen wie Hochwasserschutz, Überschwemmungsgebiet, die Frage der Bebaubarkeit in den Überschwemmungsflächen, Ersatzbauflächen, Schadensgutachten, Räumung der Ahrflächen außerhalb der Gemeinden, Wiederherstellung von landwirtschaftlichen Nutzflächen, Unterstützung der Sportvereine.



Günter Kern ist der Vor-Ort-Beauftragte für den Wiederaufbau im Ahrtal. Foto:Privat

### **Können Sie vor Ort eigene Entscheidungen treffen oder laufen alle Entscheidungsprozesse über die Koordinierungsstelle bei der Landesregierung?**

Ich bin der Kümmerer für die Kommunen und die Menschen hier im Ahrtal. Entscheidungen, die zu treffen sind, werden in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen abgestimmt. Die Arbeit meines Teams liegt insbesondere auch darin, dafür zu sorgen, dass Entscheidungsprozesse beschleunigt werden.

### **Bund und Länder haben einen Hilfsfond von insgesamt 30 Milliarden Euro aufgelegt. Wichtig ist aber ganz besonders, wie und wie schnell die Gelder vor Ort ankommen. Leisten Sie dabei ebenfalls Unterstützung?**

Zur Zeit laufen die Vorbereitungen zur Organisation für die Auszahlung der Gelder. Wir unterstützen die Bevölkerung auf Anfrage gerne und geben entsprechende Hinweise. Hilfreich hierbei sind auch die eingerichteten Infopoints im Ahrtal.

### **Ihre persönliche Einschätzung: Wie lange wird der Wiederaufbau dauern und werden die Hilfgelder ausreichen?**

Wenn man die Verwüstungen sieht, die im privaten Bereich und in der öffentlichen Infrastruktur entstanden sind, dann wird das eine lange Zeit in Anspruch nehmen, um das Ahrtal wieder so aufzubauen, wie es sich die Menschen als ihre Heimat vorstellen und wie es landschaftlich und kulturell viele Touristen hierhergezogen hat. Ich schätze, dass das einen Zeitraum von zehn Jahren braucht.

# Einrichtung eines Sondervermögens zur Abwicklung beim Land

## Landesregierung bringt Gesetz für die Regulierung des Fonds „Aufbauhilfe 2021“ ein. Erste Tranche von 14 Milliarden Euro. Kurzfristige Mittelverwendung und Transparenz

Autor SGK Rheinland-Pfalz

Nach der Flutkatastrophe vom 14./15. Juli wurde schnell bewusst: Der Wiederaufbau in den Regionen rundum das Ahrtal kostet viele Milliarden Euro und wird Jahre dauern. Die zerstörte Infrastruktur muss wieder aufgebaut und den Menschen, die nach der Flut plötzlich vor dem Nichts standen, finanziell geholfen werden. Bund und Länder haben reagiert und einen Wiederaufbaufonds von rund 30 Milliarden Euro aufgelegt. Für die Umsetzung dieses Wiederaufbaufonds in Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung jetzt ein Gesetz in den Landtag eingebracht, das die Einrichtung eines Sondervermögens zur Abwicklung beim Land regeln soll.

### **Nationale Aufgabe**

Zur Problemlösung heißt es dabei im Text: Die Starkregen- und Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 hat die Menschen in den betroffenen Regionen des Landes Rheinland-Pfalz schwer getroffen. Viele wurden verletzt oder verloren ihr Leben. Es sind außergewöhnliche Notsituationen und Schäden ungeahnten Ausmaßes entstanden. Viele Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe stehen nun buchstäblich vor dem Nichts und sind dringend auf solidarische Hilfe angewiesen. Zur unmittelbaren Beseitigung von Schäden vor Ort, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zur Überbrückung von akuten Notlagen der Bürgerinnen und Bürger sowie in Land- und Forstwirtschaft, gewerblicher Wirtschaft und bei kommunalen Gebietskörperschaften hat das Land unter Beteiligung des Bundes unverzüglich Soforthilfen zur Verfügung gestellt. Neben diesen müssen weitere Maßnahmen für geschädigte Privathaushalte, Unternehmen und andere Einrichtungen sowie zur

Wiederherstellung der von Starkregenfällen und Hochwasser zerstörten Infrastruktur ergriffen und weitere Hilfen geleistet werden. Die Beseitigung der Schäden und der infrastrukturelle Wiederaufbau in den betroffenen Regionen sind vor allem aufgrund der damit verbundenen erheblichen finanziellen Lasten eine nationale Aufgabe. Im Sinne einer gesamtstaatlichen Verteilung dieser Lasten haben sich der Bund und die Ländergemeinschaft deshalb auf die jeweils hälftige Finanzierung der Wiederaufbaumaßnahmen der Länder in den geschädigten Regionen sowie auf eine zügige Wiederherstellung der bundeseigenen Infrastruktur verständigt. Dazu wurde die Einrichtung eines nationalen Fonds „Aufbauhilfe 2021“ als Sondervermögen des Bundes in Höhe von bis zu 30 Milliarden Euro vereinbart. Für die zweckgerichtete Inanspruchnahme der Mittel daraus sind nunmehr auf Landesebene die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Zur Finanzierung der Hilfen für geschädigte Privathaushalte, Unternehmen und andere Einrichtungen sowie der Maßnahmen des Wiederaufbaus in den betroffenen Regionen richtet das Land ein Sondervermögen im Sinne des § 113 der Landeshaushaltsordnung ein. Dem Sondervermögen werden die dem Land Rheinland-Pfalz aus dem nationalen Fonds „Aufbauhilfe 2021“ des Bundes zugeteilten Mittel zugeführt. Das Land kann nach Maßgabe des Haushalts weitere Zuführungen an das Sondervermögen leisten sowie dieses mit gegebenenfalls von weiteren Dritten gewährten Aufbauhilfemitteln ausstatten. Mittels des Sondervermögens wird eine kurzfristige und überjährige Mittelverwendung gesichert sowie

die notwendige Transparenz – auch hinsichtlich der Nachweisführung gegenüber dem Bund – geschaffen. Die rechtliche Ausgestaltung und die Verwaltung des Sondervermögens orientieren sich an den Vorschriften zur Aufbauhilfe 2021 des Bundes.

### **Regelung über Umsatzsteuer**

An der Finanzierung der vom Bund in einer ersten Tranche zur Verfügung gestellten Mittel aus dem nationalen Fonds „Aufbauhilfe 2021“ in Höhe von 14 Milliarden Euro beteiligen sich die Länder – einschließlich des Landes Rheinland-Pfalz – über eine Anpassung der vertikalen Verteilung des Umsatzsteueraufkommens. Zu diesem Zweck wird in den Jahren 2021 bis 2050 der Anteil des Bundes um 233.333.333 Euro erhöht und der Anteil der Länder um den gleichen Betrag reduziert. Innerhalb der Länderebene verteilen sich die Lasten nach den Verhältnissen der Einwohnerzahlen.

Die Errichtung des Sondervermögens ist für das Land nicht mit direkten finanziellen Belastungen verbunden. Für die Verwaltung des Sondervermögens entstehen zusätzliche Bedarfe an Personal- und Sachkosten sowie an Planstellen und Stellen. Diese sind bedingt durch einen Mehraufwand bei der Gewährung der zusätzlichen Mittel und ihrer Bewirtschaftung, bei der Prüfung der zweckgerichteten Mittelverwendung und durch die Berichtspflichten gegenüber dem Bund. Innerhalb der Kürze der Zeit konnte keine quantifizierte Kostenschätzung vorgenommen werden. Etwaige Mehrbedarfe sollen möglichst im Rahmen der Personal- und Sachmittelausstattung aus dem Landeshaushalt gedeckt werden. Federführend ist das Ministerium der Finanzen.

# Vom diplomatischen Dienst ins Bürgermeisteramt?

Christian Gayoso tritt für die SPD in der Verbandsgemeinde Bitburger Land an. Ein Mann, der verschiedene Interessen zusammenbringen kann

Autor Wolfgang Kröhler

Am 23. Januar 2022 steht in der Verbandsgemeinde Bitburger Land eine wichtige und auch interessante Entscheidung an: An diesem Tag wird ein neuer Verbandsbürgermeister gewählt und ein Nachfolger für den derzeitigen Amtsinhaber Josef Junk (SPD) gesucht. Er geht dann in den Ruhestand. Nach der Fusion der beiden alten Verbandsgemeinden Bitburg Land und Kyllburg war er der erste Bürgermeister der neuen Verwaltungseinheit. Die Sozialdemokraten schicken mit Christian Gayoso jetzt einen Mann um die

Junk-Nachfolge ins Rennen, der für die SPD das Bürgermeisteramt wieder verteidigen soll. Er ist ein Kandidat, der als Diplomat schon sehr viel von der Welt gesehen hat. DEMO sprach mit Christian Gayoso über seine Ambitionen, den Sprung aus dem diplomatischen Dienst in die Kommunalpolitik zu wagen.

**Sie haben ja in deutschen Botschaften in vielen Ländern als Diplomat gearbeitet und arbeiten zur Zeit noch in Norwegen. Jetzt wagen Sie den Sprung von der**

**„großen, weiten Welt“ zurück ins Bitburger Land. Was bringen Sie an Erfahrung und Erkenntnissen aus anderen Ländern mit, um sie gewinnbringend für das Bitburger Land einzusetzen?**

Die Aufgaben von Botschaft und Bürgermeister sind mitunter ähnlich, z. B. wenn es darum geht, verschiedene Interessen zusammenzubringen oder bei der Zuständigkeit für Schulen, der Wirtschaftsförderung oder repräsentativen Aufgaben. Zudem braucht man als Diplomat die Fähigkeit, sich schnell in neue Themen einarbeiten

zu können und dann Lösungen zu finden. Das ist sicherlich hilfreich, um ein erfolgreicher Bürgermeister zu sein.

In meinem Beruf lernt man in jedem Land und auf jedem Posten dazu. Norwegen ist beispielsweise bei der Digitalisierung schon sehr weit. Da kann man sich das ein oder andere anschauen, was besonders gut läuft, z. B. die digitale Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung. Das ist hilfreich, um neue Impulse zu geben. Klar ist aber, dass die Umset-

Anzeige

**bnr.de**  
blick nach rechts

**„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“**

*Ute Vogt, MdB*

Weitere Informationen im Netz: [www.bnr.de](http://www.bnr.de)

zung neuer Ideen sich immer an den regionalen Besonderheiten ausrichten muss.

### Was sind die besonderen Herausforderungen in Ihrer Verbandsgemeinde, wo liegen die Schwerpunkte im Wahlkampf?

Mit mehr als 70 Gemeinden ist die Verbandsgemeinde Bitburger Land sehr groß. Die Bürgerinnen und Bürger und die Ortsgemeinden verlangen zu Recht eine moderne und schlagkräftige Verwaltung. Ich will eine Verwaltung, die sich als Dienstleister der Ortsgemeinden versteht und für die ehrenamtlichen Ortsbürgermeister eine starke Unterstützung ist. Eine stärkere Digitalisierung ist ein Beitrag dazu, zieht sich aber zugleich wie ein roter Faden durch alle anderen Themen. Am Herzen liegt mir auch eine moderne und gut ausgestattete

Bildungslandschaft mit ausreichend Kita-Plätzen für alle Kinder und der Ausbau der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen zur Erfüllung des kommenden Rechtsanspruches.

Die dörflichen Strukturen sind für mich das Herz der Verbandsgemeinde. Wie stark dieses Herz schlägt, haben wir nach der Hochwasserkatastrophe gesehen. Hilfsbereitschaft und Solidarität waren enorm. Deshalb will ich mit den Ortsgemeinden das Ehrenamt stärken, die Nahversorgung sichern und ausbauen, die Sportstätten erhalten.

Offensichtlich ist, dass wir die Schäden des Hochwassers beseitigen und uns zugleich für künftige Ereignisse rüsten müssen. Erste Pläne wurden ja bereits nach dem Hochwasser von 2018 erarbeitet. Diese müssen nun aktualisiert und umgesetzt werden.

### Zur Person:

**Christian Gayoso** ist 40 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Söhne. Seit Juli 2019 ist er Leiter des Wirtschafts- und Kulturreferates (Botschaftsrat) in der deutschen Botschaft in Norwegen. Zuvor schon war er tätig in der deutschen Botschaft in Chile und arbeitete im Auswärtigen Amt. In Trier studierte er Politikwissenschaften und Geschichte, 2010 promovierte er zum Dr. phil. (Politikwissenschaften). Seine Schulzeit verbrachte Christian Gayoso in Bitburg, wo er am St. Willibroard-Gymnasium sein Abitur ablegte. Mitglied in der SPD ist er seit 1997 und bekleidete verschiedene Parteifunktionen, unter anderem Ortsvereinsvorsitzender in Bitburg, Mitglied im Kreisvorstand und Delegierter bei Landesparteitagen.



Christian Gayoso will Bürgermeister der VG Bitburger Land werden. Foto: Privat

Das ist ein Teil des größeren Kontexts von Umwelt und Nachhaltigkeit, der z. B. auch lokale Klimapolitik und die Erneuerbaren umfasst.

**Wie beurteilen Sie selbst Ihre Chancen in einer Region, die in der Vergangenheit ja oft christdemokratisch geprägt war?**

Es ist ein offenes Rennen, das ich natürlich gewinnen will! In der alten VG Bitburg-Land war Josef Junk ebenfalls schon Bürgermeister und in der alten VG Kyllburg war es Rainer Wirtz von der CDU. Diesen beiden ging jeweils ein Bürgermeister von CDU oder SPD voraus. Zuvor waren es dann tatsächlich ausschließlich Christdemokraten.

## Abwasserentgeltsatzung bleibt wirksam

### Drei Ortsgemeinden der früheren Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg strengten Normenkontrollverfahren an

Pressemitteilung des OVG

Die Satzung der Stadt Bad Kreuznach für die Erhebung von Entgelten für die öffentliche Abwasserbeseitigung in den Ortsgemeinden der früheren Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg (Abwasserentgeltsatzung) ist wirksam. Das hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz mit Urteil vom 02.07.2021, Az.: 6 A 11538.20 OVG, entschieden.

Die Antragstellerinnen, die Ortsgemeinden Norheim, Altenbamburg und Hochstätten, gehörten ursprünglich gemeinsam mit der Stadt Bad Münster am Stein-Ebernburg der früheren Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg an. Während die Stadt Bad Münster am Stein-Ebernburg bereits mit Wirkung zum 01.07.2014 in die Stadt Bad Kreuznach eingegliedert wurde und diese insoweit auch die Zuständigkeit für die Abwasserbeseitigung übernahm, wurde die verbliebene Verbandsgemeinde Bad Münster am

Stein-Ebernburg durch Landesgesetz vom 21.10.2016 mit Wirkung zum 01.01.2017 aufgelöst. U. a. erfolgte eine Eingliederung der Ortsgemeinde Norheim in die Verbandsgemeinde Rüdesheim und der Ortsgemeinden Altenbamburg und Hochstätten in die Verbandsgemeinde Bad Kreuznach. Beide Verbandsgemeinden sind zudem Rechtsnachfolgerinnen der früheren Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg. Zuvor hatten am 24.06.2014 die Stadt Bad Kreuznach und die frühere Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg eine Zweckvereinbarung geschlossen, mit der die Aufgabe der öffentlichen Abwasserbeseitigung einschließlich der Satzungs- und Entgelthoheit zum 01.07.2014 auf die Stadt Bad Kreuznach übertragen wurde.

Die zunächst von der Stadt Bad Kreuznach zum 01.01.2017 in Kraft gesetzte Abwasserentgeltsatzung für den Bereich der Ortsgemeinden

der früheren Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg wurde auf Antrag der Verbandsgemeinden Rüdesheim und Bad Kreuznach durch Urteil des OVG vom 16.10.2018 aufgehoben, weil sie ohne die gesetzlich erforderliche Zustimmung der damaligen Antragstellerinnen als Rechtsnachfolgerinnen der früheren Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg verabschiedet worden sei. Daraufhin holte die Stadt Bad Kreuznach deren Zustimmung ein und beschloss am 30.01.2020 rückwirkend zum 01.01.2017 eine inhaltsgleiche neue Abwasserentgeltsatzung. Gegen diese Satzung stellten die drei genannten Ortsgemeinden einen Normenkontrollantrag, den das OVG ablehnte.

### Befugnis aus Zweckvereinbarung

Die Befugnis der Antragsgegnerin, mit der angegriffenen Entgeltsatzung für das Gebiet der Ortsgemeinden der früheren Verbandsgemeinde

Bad Münster am Stein-Ebernburg und damit auch für das Gebiet der Antragstellerinnen eine gesonderte Abwasserentgeltsatzung mit einer anderen Entgeltsystematik und anderen Entgeltsätzen als in ihrem Stadtgebiet in Kraft zu setzen, folgt nach Darlegung des OVG aus der zwischen der Antragsgegnerin und der früheren Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg am 24.06.2014 geschlossenen Zweckvereinbarung. Diese sei als öffentlich-rechtlicher Vertrag wirksam, da sie gegen kein gesetzliches Verbot verstoße. Allerdings sei die Befugnis nach dem Inhalt der Zweckvereinbarung auf zehn Jahre begrenzt und ende damit am 30.06.2024. Zudem unterliege auch die Tatsache, dass die Satzung rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft gesetzt worden sei, nachdem die Vorgängersatzung durch Urteil des OVG für unwirksam erklärt worden sei, keinen durchgreifenden Bedenken, so das OVG abschließend.